

Positionspapier

Deutsch-Russische Wirtschaftsbeziehungen gerade jetzt vertiefen und nachhaltig gestalten

- **Wichtigste deutsche und russische Unternehmerverbände gründen gemeinsame Unternehmerplattform**
- **Aktive Begleitung und Unterstützung durch die Politik beider Staaten**
- **Themensetzung der ersten Sitzung: Imports substitution, Lokalisierung, Technologietransfer**
- **Konkrete Maßnahmenpläne und Forderungen an die Politik erarbeitet**

Die Gründung der deutsch-russischen Unternehmerplattform durch die Verbände: Delowaja Rossija, RSPP, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer stellt eine **neue Qualität in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen** dar. Das als ständiges Gremium konstituierte Forum übernimmt die Ausgestaltung konkreter wirtschaftlicher Projekte unter Einbeziehung der Politik beider Länder. Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg und die Nachhaltigkeit ist die **direkte Beteiligung der Unternehmen**. Ihre aktive Teilnahme sichert die **Praxisnähe der Empfehlungen, garantiert** deren **Umsetzbarkeit** und fördert die direkte Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Länder.

Die Agenda der ersten Sitzung am 22. Oktober 2015 war geprägt von den aktuellen Forderungen der russischen Wirtschaftspolitik zur **Lokalisierung, Imports substitution und zum Technologietransfer**. Um die generelle Bereitschaft der Unternehmen zur Lokalisierung in Russland weiter zu stimulieren, sollten jedoch einige grundlegende Bedingungen erfüllt werden. In erster Linie brauchen die Unternehmer/Investoren:

- **Die Garantie stabiler Rahmenbedingungen und einer berechenbaren Wirtschaftspolitik**

Dazu zählen konkret: Der **gleichberechtigte Marktzugang für alle Wettbewerber** unabhängig davon, ob sie russischen oder anderen Ursprungs sind. Sofern sie eine

lokale Produktion aufgebaut haben, müssen sie den gleichen Zugang zu staatlichen Ausschreibungen bekommen. Denn jeder ausländische Investor **unterstützt** mit seiner Entscheidung **direkt** die **strategische Politik der Importsubstitution** mit dem Ziel, die russische Wirtschaft zu modernisieren und zu diversifizieren.

Zu den konkreten Rahmenbedingungen zählt auch die **Rücknahme der Sanktionen entsprechend den konkreten politischen Fortschritten** wie im Vertrag von Minsk II hinterlegt. Die augenblicklich geltenden Sanktionen haben zu einem hohen Maß an Verunsicherung vor allem bei russischen Zulieferern in der gesamten Wertschöpfungskette geführt.

Die Lokalisierungspolitik muss über die reine Ansiedlung von Unternehmen in Russland hinaus weiterentwickelt werden. Da in vielen Fällen die Russische Föderation oder die Eurasische Wirtschaftsunion als Märkte nicht ausreichend sind, müssen die **Exportbedingungen verbessert und exportorientierte Unternehmen speziell gefördert werden**. Im Land muss der Staat Abnahmegarantien ausstellen, die sowohl für die Investoren als auch für lokale Zulieferer von existentieller Bedeutung sind.

Um bei Großinvestitionen das Devisenrisiko einzudämmen, sind **Offset-Agreements** unumgänglich. Diese Kompensationsgeschäfte würden den Ankauf großer Industrieanlagen deutlich erleichtern. Um den größtmöglichen Effekt für die Industrialisierung der russischen Wirtschaft zu erzielen, sollte **Lokalisierung** nicht bei der klassischen verarbeitenden Industrie stehenbleiben, sondern gleichermaßen auf **den IT- und Energiebereich** ausgedehnt werden.

➤ **Wirtschaftspolitische Instrumente: Flexibler Einsatz von bestehenden und Entwicklung neuer Ansätze**

Eine der größten Herausforderungen für lokalisierte OEMs ist die Suche nach Unternehmen, die dauerhaft, in gleichbleibender Qualität, preisstabil und zuverlässig liefern können. Dazu bedarf es schnellstmöglich der Erarbeitung staatlicher und regionaler **Programme für die Entwicklung und Qualifizierung von Zulieferern**. Für derart qualifizierte russische Zulieferer muss ein einheitliches Informationssystem nach Produktgruppen (Rohstoffe, Materialien, Zulieferteile) geschaffen werden.

Damit in direktem Zusammenhang steht die **Ausbildung von Fachkräften**. Eine für beide Seiten fruchtbare Basis könnte die Zusammenarbeit deutscher Unternehmer mit russischen Universitäten bei der **Entwicklung von Fachkräften auf Vertragsbasis** bilden.

Staatsaufträge nehmen bisher nur die Preisbildung bei Angebotserstellung in den Fokus, nicht jedoch die **Lebenszykluskosten**: alle Kosten während der „Lebenszeit“ eines Produktes wie Entwicklung, Planung, Herstellung, technischer Betrieb, Wartung, Instandhaltung, Recycling. **Hier müssen ein Umdenken und eine Anpassung an internationale Gepflogenheiten stattfinden.**

Um den Technologietransfer zu erleichtern, müssten konkrete Regeln für **Joint Venture und Leasingverträge zwischen deutschen und russischen Partnern** geschaffen werden, die die Abwicklung zwischen Lieferant → Leasinggesellschaft → Kunde definieren. In ähnlicher Weise erleichternd würde auch die **vorübergehende Abschaffung von Einfuhrzöllen für importierte Komponenten** analog der Lokalisierung in der Automobilindustrie **für eineinhalb Jahre** wirken.

Von geradezu herausragender Bedeutung ist die **exakte und einheitliche Definition für Produkte „Made in Russia“**. Was genau berechtigt zur Verwendung dieses Labels? Welche Bedingungen müssen erfüllt sein? Wer garantiert die dauerhafte Verwendung dieses Labels?

Um den Investoren ihre Lokalisierungsentscheidung leichter zu machen, plädieren wir für die **Wahlfreiheit der Unternehmen bei den Lokalisierungskriterien**. Es ist für die meisten Unternehmen schlicht **nicht möglich, alle Vorgaben zu erfüllen**. Im Einzelfall ist es auch wirtschaftlich nicht sinnvoll. Eine mögliche Variante wäre die Erfüllung von drei der nachfolgend aufgeführten fünf Kriterien. Die Firmen sollten aus den Punkten **Höhe der Gesamtinvestition, Schaffung von Arbeitsplätzen, Umsetzung bestimmter Schritte zur Tiefenverarbeitung, dem späteren Export von Produkten und dem lokalen Wertschöpfungsanteil** (ad valorem) wählen können. Beispielsweise sagt die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze fast nichts über die Höhe der

Gesamtinvestition aus, so wie für den Export von späteren Produkten erst die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Für die erfolgreiche Akquise von Unternehmen aus der Softwarebranche wäre eine **Festlegung der Lokalisierungskriterien für Software gemäß dem geltenden Regierungsbeschluss Nr. 719** notwendig (Durchführung bestimmter Produktionsschritte auf dem Territorium der RF). Bei der Handhabung des heutzutage geltenden Prinzips nach dem Herkunftsland des Urhebers sind die Investitionen in Russland sinnlos.

Wir begrüßen die Entscheidung des Ministeriums für Industrie und Handel, die **Möglichkeit eines Sonderinvestitionsvertrages** vorzusehen. Um die volle Wirkungsmächtigkeit dieses Instrumentes zu garantieren, ist allerdings ein **hohes Maß an Flexibilität beim Abschluss notwendig**. Dazu zählen u.a. die Vereinbarung von Präferenzen (Staatsauftrag, Subventionen, Exportunterstützung usw.) je nach Bedeutung und Volumen des Investitionsprojekts. Wünschenswert wären auch **deutlich kürzere Bearbeitungszeiten** (derzeit zwischen 90 bis 100 Arbeitstage).

Um Investoren dauerhafte Sicherheit bei der Berechnung ihres Lokalisierungsanteils zu ermöglichen, sollte ein **Valuta-Deflator bei der Berechnung des Anteils importierter Komponenten am Gesamtprodukt** verwendet werden, der Rubelschwankungen ausgleicht.

➤ **Gemeinsame Erschließung von Drittmärkten, Abbau von Barrieren im bilateralen Handel**

Um erfolgreich am Weltmarkt zu agieren, sind russische Partner für gemeinsame Projekte in Drittmärkten unerlässlich. Idealerweise würde man mit solchen Partnern **Forschung und Entwicklung in Russland für den Einsatz in Drittmärkten** etablieren. Um in Auslandsmärkten künftig zu reüssieren, bedarf es **Exporterleichterungen für lokalisierte Produkte** und Vergünstigungen wie z.B. die Rückerstattung der Mehrwertsteuer und die Vereinbarung von maximalen Garantiezeiten und maximalen Deckungsanteilen. In Deutschland müssen die **Antrags- und Bearbeitungszeiten bei der BAFA deutlich verkürzt** werden.

➤ **Verbesserung von Finanzierungsmöglichkeiten**

Ein erhebliches Hindernis für russische Investitionen in Deutschland stellen die **Restriktionen bei der Kreditvergabe an russische Kunden** durch deutsche Banken dar. Hier besteht dringender Handlungsbedarf und Gleichbehandlung auch russischer Unternehmen, zumindest in allen nicht von Sanktionen betroffenen Wirtschaftszweigen.

Zur Finanzierung mittelständischer Projekte in Russland über die **EBRD, KfW und DEG**, sollten diese Institute ihre **Tätigkeit in Russland wieder vollumfänglich aufnehmen**.

Der russische Staat sollte ein spezielles Programm für Zulieferer bei subventionierten Krediten auflegen: Zinssatz-Subventionierung für Produktionskredite von Zulieferern.

Unter den derzeitigen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen ist eine **Bezuschussung von russischen Kunden und Abnehmern durch den Staat** unerlässlich. Das könnten im Einzelnen die Teilrückerstattung des Preises, die Rückerstattung der Kreditzinsen, subventioniertes Leasing und letztlich dadurch ein garantierter Lieferumfang sein.